Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 9: Marktwirtschaft heute

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare und Berichte

EIN JAHR NIXON: EINE AUSSENPOLITISCHE BILANZ

Das erste Jahr der Administration Nixon nähert sich seinem Ende – Zeit also, eine Bilanz zu ziehen über Erfolg und Mißerfolg der neuen Regierung, die am 20. Januar 1969 das Team Präsident Johnsons ablöste. Nixon hat sich in der Kampagne des vergangenen Jahres dem Wähler als Politiker und Staatsmann vorgestellt, der das wenig erfreuliche Erbe seines Vorgängers liquidieren werde; man wird seine Leistung deshalb vor allem daran messen müssen, in welchem Umfang ihm das bisher gelungen ist.

Hypothek Vietnamkrieg

Zentrales Problem der amerikanischen Aussenpolitik der sechziger Jahre war der Vietnamkrieg. *John F. Kennedy* ist seinerzeit das Engagement eingegangen, *Lyndon B. Johnson* hat es nach seiner Wahl im Herbst 1964 verstärkt und ist in den Strudel einer Eskalationspolitik geraten, aus der er sich nur unter Verzicht auf eine weitere Kandidatur im Jahre 1969 herausretten konnte. Dabei hat er in den letzten Wochen seiner Amtszeit bereits die Weichen gestellt, indem er die im Februar 1965 angeordnete Bombardierung strategischer Ziele in Nordvietnam einstellte, ohne die Zusicherung irgendwelcher Gegenleistungen der anderen Seite abzuwarten.

Nixon ist auf diesem Wege weitergegangen. Er hat den Beginn des amerikanischen *Truppenabzuges* befohlen, und die ersten Kontingente in der Stärke von einigen tausend Mann haben im Laufe dieses Sommers und Herbstes den südostasiatischen Kriegsschauplatz verlassen. In seiner Rede vom 3. November hat der Präsident den vollständigen Abzug der amerikanischen Bodenstreitkräfte in Aussicht gestellt, freilich ohne sich auf einen bestimmten Termin festzulegen. Gleichzeitig machte sich Nixon die Parole der «Vietnamisierung» des Krieges zu eigen. Die *De-Eskalation* wird also weitergehen, wenn auch das Tempo noch nicht feststeht, sondern den jeweiligen Umständen angepasst werden soll.

Unbeantwortete Signale

Der Kurs des amerikanischen Präsidenten in Vietnam ist damit klar umrissen als Versuch, sich auf eine einigermassen verantwortbare Weise aus den in Vietnam übernommenen Engagements abzusetzen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren und ohne dem Prestige der Vereinigten Staaten allzu grossen Schaden zuzufügen. Die *Praxis* hat jedoch gezeigt, dass diese Politik nicht ohne schwere Risiken verfolgt werden kann. Bei Hanoi und seinen Freunden hat der Wechsel der amerikanischen Politik bisher kein vernehmbares Echo gefunden. Die Signale, die Washington aussandte, sind bisher ohne Antwort geblieben; selbst der Appell des amerikanischen Präsidenten an *Ho Chi Minh* – kurz vor dessen Tode ergangen – ist auf taube Ohren gestossen. Nordvietnam beharrt auf seiner Forderung nach einem *totalen Sieg* und damit nach einer sichtbaren und unmißverständlichen Demütigung der Vereinigten Staaten – wobei es für den Aussenstehenden nicht klar ist, wieweit diese Politik Hanoi von seinen Freunden und Helfern suggeriert wird. Das Er-

gebnis dieser Intransigenz ist das völlige Festfahren der *Vietnamkonferenz in Paris*. Seit dem 10. Mai 1968 wird hier verhandelt, ohne daß auch nur der geringste Fortschritt erzielt worden wäre. Am 20. November hat der amerikanische Chefdelegierte *Cabot Lodge*, der Anfang dieses Jahres Averell Harriman ersetzt hatte, seine Demission erklärt und damit der Resignation und dem Pessimismus Ausdruck gegeben, welche die amerikanischen Unterhändler in Paris heute beherrschen. Man war von allem Anfang an darauf vorbereitet gewesen, dass die Gespräche hart und langwierig sein würden. Nachdem sie sich nun aber über mehr als achtzehn Monate hinziehen, und sich nicht die geringste Aussicht auf einige Fortschritte abzeichnet, nähert sich die Geduld selbst des Langmütigsten allmählich der Erschöpfung.

Problematische «Moratorium»-Bewegung

Für die Vereinigten Staaten kompliziert sich die Position noch dadurch, dass Vietnam für die USA nicht nur ein aussenpolitisches Problem ist. Der innere Druck auf die Regierung, in Vietnam Frieden zu schliessen, ist in den letzten Wochen wieder gewachsen. Er manifestierte sich vor allem in der «Moratorium»-Bewegung, die in zwei großen Kundgebungen im Oktober und November für eine rasche Beendigung des Krieges demonstrierte. Beide Veranstaltungen waren – im Gegensatz zu früheren ähnlicher Art – von Ernst und Würde gekennzeichnet. Von behördlicher Seite war alles vorgekehrt worden, um spektakuläre Konfrontationen mit Prügeleien und Straßenkämpfen zu vermeiden – Nixons Administration hat sich in dieser Hinsicht gewandter und flexibler gezeigt als die Regierung Johnson. Aber all der Idealismus und der gute Wille, von welchem diese «Moratorium»-Demonstrationen getragen waren, können über ihren problematischen und gefährlichen Charakter nicht hinwegtäuschen. Zweifellos bedeuten solche Kundgebungen eine Unterstützung des harten Kurses Hanois und seiner Freunde, die gelassen abwarten wollen, wie weit sich die Vereinigten Staaten in ihrem Entgegenkommen noch treiben lassen. Es gibt auch für Nixon einen kritischen Punkt, über den hinaus seine Konzessionsbereitschaft nicht gehen kann. Wenn an den «Moratoriums»-Tagen aus den Reihen der Demonstranten auch Stimmen laut geworden sind, die einen sofortigen und bedingungslosen Rückzug Amerikas verlangen, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine solche Forderung – bei aller Kriegsmüdigkeit und Vietnamüberdruß – in den USA nicht auf eine Unterstützung durch die öffentliche Meinung rechnen kann. Der Wunsch geht dahin, den Konflikt in einer für die Vereinigten Staaten annehmbaren und ehrenvollen Weise zu beenden, nicht aber durch eine Art bedingungsloser Kapitulation. Es könnte leicht der Augenblick kommen, da die «Moratorium»-Demonstrationen kontraproduktiv wirken und auch zu einer Verhärtung der amerikanischen Auffassungen führen werden. Der Test, wie weit sich Washington durch das Zusammenspiel von innerer und äußerer Pression zurückdrängen lässt, birgt seine Gefahren in sich.

Gespräche über Rüstungsbeschränkung

Wenn die Administration Nixon in Vietnam trotz zahlreichen Gesten und Absetzbewegungen bisher noch keinen sichtbaren Erfolg aufweisen kann, so hat sie wenigstens auf dem Feld der Abrüstung einen kleinen Fortschritt erreicht. Nach langem Zögern hat sich die Sowjetunion bereit erklärt, mit Vertretern der Vereinigten Staaten zu Gesprächen über eine *Begrenzung der Raketenrüstung* zusammenzutreffen. Die Unterhandlungen sind am 17. November in Helsinki aufgenommen worden. Wie üblich spielen sie sich hinter verschlossenen Türen ab, und was bisher aus den Delegationskreisen durchgesickert ist, deutet darauf hin, daß es sich – wie erwartet – um komplizierte Auseinandersetzun-

gen handeln wird, bei denen schon die Abgrenzung des Themenkreises und die Aufstellung der Tagesordnung Schwierigkeiten bereiten.

Immerhin ist schon die Tatsache, dass die UdSSR sich nach langem Hin und Her wenigstens zur Aufnahme von Kontakten bereit erklärt hat, bereits als Hinweis darauf zu werten, dass Moskau für das Zustandekommen einer für beide Seiten vertretbaren Rüstungseinschränkung zum mindesten Interesse zeigt. Auch die Sowjetunion trägt schwer an ihrer Monsterrüstung, und es scheint logisch zu sein, dass auch die Machthaber im Kreml das Wettrennen mit den Vereinigten Staaten, das beide Supermächte in eine sich ständig aufwärts drehende Spirale gebracht hat, nicht unbegrenzt weiter mitmachen können ohne Abstriche auf andern Gebieten.

Über eine gewisse Strecke laufen die Interessen Amerikas und Russlands zweifellos parallel. Beide suchen sich der dauernden Steigerung einer ins Uferlose gehenden Rüstung und der damit verbundenen finanziellen Belastungen zu entledigen. Die Verflechtung der Rüstung mit allgemeinen politischen Problemen lässt beiden Supermächten jedoch nur einen *begrenzten Spielraum*. Man hat zwar vorsorglicherweise in Helsinki alle politischen Fragen ausgeklammert und will sich auf das rein Technische beschränken. Das bedeutet, dass man schon im vornherein wenig Hoffnung darauf setzte, in den grundsätzlichen politischen Streitpunkten in absehbarer Zeit zu irgend einer tragbaren Lösung zu gelangen. Aber auch die technischen Aspekte bieten so viele Schwierigkeiten, dass es schwer fällt, mit einem raschen Fortschreiten der Gespräche in Helsinki zu rechnen, sobald sie sich einmal aus dem Bereich des Formalen auf konkrete Maßnahmen der Rüstungsbeschränkung hin bewegen.

Nixon hat zwar auch diese Gespräche gut vorbereitet und sich vor allem gegenüber seinen Verbündeten abgesichert, bei denen direkte sowjetisch-amerikanische Kontakte normalerweise Befürchtungen über ein auf ihre Kosten gehendes globales Arrangement zwischen Moskau und Washington erwecken. Dieses Trauma ist zwar noch nicht verschwunden, aber es äusserte sich dieses Mal kaum. Das mag mit den geänderten weltpolitischen Verhältnissen zusammenhängen; es deutet aber gleichzeitig darauf hin, dass kaum jemand mit raschen konkreten Ergebnissen dieser SALT-Konferenz (Strategic Arms Limitation Talks) rechnet. Es ist deshalb fraglich, ob die Administration Nixon, unter der diese Gespräche aufgenommen worden sind, die Früchte eines eventuellen positiven Ausganges der Unterhandlungen über eine Rüstungsbeschränkung noch wird geniessen können. Dass sie aber überhaupt eingeleitet wurden, ist ein zuversichtlicher Aspekt des ersten Jahres der Präsidentschaft Nixons, das bisher nur wenige der Erwartungen erfüllt hat, die letztes Jahr im Wahlkampf von einer neuen Administration erhofft wurden.

Fabius

BERICHT AUS SÜDAFRIKA

Vor Jahresfrist veröffentlichte der amerikanische Schriftsteller Alan Drury ein Buch – halb Roman, halb Tatsachenbericht –, das auf Beobachtungen des Verfassers in Südafrika beruht. Es erschien unter dem Titel «A Very Strange Society» – Eine sehr sonderbare Gesellschaft[1]. Zwar liessen sich heute eine ganze Reihe von Nationen mit dem Adjektiv «sonderbar» charakterisieren, nicht zuletzt auch die Vereinigten Staaten selbst. Meines Erachtens trifft dies aber vielleicht doch in erster Linie auf Südafrika zu. Denn hier wickelt sich ein völlig neuartiger Prozess im Aufbau einer Nation

ab. Die Öffentlichkeit des Westens weiss freilich nur wenig darüber, da der südafrikanische Staat sozusagen tabu erklärt wurde. Die Anhänger der Apartheid bringen ihm unbedingte Loyalität entgegen; in den Augen der Gegner bildet er Gegenstand des Abscheus. Die Wahrheit dürfte, wie in solchen Fällen üblich, irgendwo in der Mitte liegen.

Die «Apartheid» ist nicht das Hauptproblem

Möglicherweise werde ich auf beiden Seiten Anstoss erregen, wenn ich behaupte, dass die eigentliche Schwierigkeit, der sich Südafrika heute als *Nation* gegenübergestellt sieht, nicht im Verhältnis zwischen Weiss und Schwarz liegt. Dieses Problem scheint heute – wenn auch auf langsamen und gewundenen Pfaden – einer für alle Beteiligten annehmbaren Lösung entgegenzugehen. Ein viel grösseres Problem bildet die Existenz zweier sich befehdender Lager *innerhalb* der weissen Gesellschaft, nämlich der Afrikaander und der Engländer (oder der Anglophonen). In der Vergangenheit traten die Engländer als Eroberer auf, und zwar in militärischer, wirtschaftlicher und auch kultureller Hinsicht. Ihre Sprache verbreitete sich mit Leichtigkeit und wurde ganz selbstverständlich zum Kommunikationsträger zwischen Südafrika und der übrigen Welt. Die Briten erwiesen sich als erfinderischer und gewandter als die Afrikaander und schufen alle jene Institutionen und ungeschriebenen Verhaltensregeln, welche die Afrikaander, nachdem sie in den Besitz der Macht gelangt waren, zum System der «Apartheid» zusammenfassten. Bezeichnenderweise gaben die Briten diesem ganzen Geflecht von Gesetzen und Bestimmungen zur Regelung des Zusammenlebens der Rassen nie einen Namen. Seit jeher ganz auf das praktische Denken und Handeln ausgerichtet, wollten sie sich auch in dieser Angelegenheit weder im Inland noch von der Weltpresse gleichsam festnageln lassen.

Im Jahre 1948 errang die afrikaanische Nationalist Party einen Wahlsieg über ihren vorwiegend anglophonen Gegner, die United Party, und übernahm die Regierung. Der Afrikaander Dr. Verwoerd erkannte die unheilverheissenden Vorzeichen des Rückzugs Grossbritanniens aus Afrika, löste sein Land aus dem Verband des Britischen Commonwealth heraus und rief 1961 die Republik aus.

Ich möchte hier einige Entwicklungstendenzen im englisch-afrikaanischen Verhältnis, wie sie nach 1948 zutage traten und sich seit 1961 akzentuierten, etwas näher beleuchten. Die Afrikaander haben sich im wahrsten Sinn des Wortes für die eineinhalb Jahrhunderte britischer Vorherrschaft gerächt. Während dieser Zeit hatten nur jene wenigen unter ihnen, die sich der britischen Lebensweise anpassten, Zugang zu höheren Regierungsämtern und zu Schlüsselpositionen im Wirtschaftsleben. Zudem waren bis vor kurzem die meisten Afrikaander immer noch in der Landwirtschaft tätig, während sich die Briten und die übrigen Einwanderer mehrheitlich in den Städten niederliessen und sich dem Handel und den höheren Berufen zuwandten. Heute – und dies beleuchtet nur eine der erwähnten Entwicklungstendenzen – «beherrschen» die Afrikaander die Regierung und die Verwaltung, weil sie mit *ihrer* Lösung für das Rassenproblem nicht nur fast die Gesamtheit der für die Nationalist Party stimmenden Afrikaander, sondern auch einen grossen Teil der Anglophonen für sich gewonnen haben. Dies ist in so ausgeprägtem Mass der Fall, dass die United Party – einst die Partei von Churchills Freund Jan Smuts und an sich eine Partei der Anglophonen – viele ihrer angestammten Wähler an die «Nats» verloren hat.

Die Afrikaander hoffen heute daher zuversichtlich, ihre *politische* Macht auf unbeschränkte Zeit hinaus halten zu können. Zudem erweisen sich die Nachkommen der früheren Farmer sehr gelehrig; sie setzen mit aussergewöhnlichem Eifer Geschäfts- und Industrieunternehmen in Gang und dehnen ihren wirtschaftlichen Einfluss in stärkstem Masse aus. Auf kulturellem Gebiet gereicht ihnen zwar der Weltrang des Englischen als Verkehrs- und

Literatursprache zum Nachteil, aber sie pflegen ganz bewusst ihre eigene Sprache, das Afrikaans, indem sie Universitäten errichten und durchwegs auf dem völlig zweisprachigen Charakter des Landes, von Schulen und Radio über Strassenbezeichnungen bis zu den militärischen Kommandosprachen, bestehen.

Das Dilemma der Anglophonen

Ein zweites Hauptmerkmal der neuen Lage liegt darin, dass die Anglophonen jetzt ihrerseits unter dem Eindruck stehen, von den Afrikaandern dominiert zu werden. Für sie bedeutete die Handlungsweise Grossbritanniens, welches Afrika und damit den britischen Stolz ganz einfach preisgab und nicht einmal die Loslösung Südafrikas vom Commonwealth und der Krone zu verhindern vermochte, einen fürchterlichen Schlag! Die meisten von ihnen, wenn nicht gar alle, stimmten zwar 1961 tatsächlich für die Errichtung der Republik; sie taten es jedoch aus dem Gefühl der Verzweiflung heraus, besiegelte dieser Schritt doch die Durchtrennung ihrer Nabelschnur zu London. Da sie aber ihre Augen vor der Tatsache nicht verschliessen konnten, dass London die britischen Siedler in ganz Afrika im Stich liess und sie damit auf Gedeih und Verderb den unabhängigen schwarzafrikanischen Staaten auslieferte, war es ihnen überhaupt nicht mehr möglich, sich anders zu entscheiden. Seit den unseligen Kongowirren von 1960 bis zum heutigen Tag, da Weisse – auch solche, die das Bürgerrecht der betreffenden Staaten besitzen – aus Kenia, Sambia, Tansania und andern Ländern vertrieben und gelegentlich sogar massakriert werden, sahen die Anglophonen Südafrikas viele Engländer als Flüchtlinge in das Land einströmen und hörten von ihren schrecklichen Erlebnissen, ihrer wirtschaftlichen Unsicherheit und ähnlichen Dingen. Die ganze Entwicklung zwang den englischsprachigen Südafrikaner, sich mit einem neuen Schicksal zu solidarisieren: dem südafrikanischen und nicht mehr dem englischen.

Noch fällt es vielen schwer, sich mit der neuen Lage abzufinden, hauptsächlich aber den Intellektuellen, die sich in kulturellen Belangen den Afrikaandern überlegen fühlen und die in der Anhänglichkeit zu England die einzig mögliche Form des Widerstandes gegenüber dem aufstrebenden Afrikaanertum sehen. Die englischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften in Johannesburg und Kapstadt nützen diese Sehnsucht nach der versunkenen britischen Herrlichkeit nach Kräften aus. Sie tun dies in einem solchen Ausmass, dass sie heute nicht nur die Rolle «oppositioneller» Publikationsorgane erfüllen, die alles, was die Regierung der Nationalist Party tut oder vorschlägt, unbarmherzig bekämpfen. Man hat in der Tat oft den Eindruck, es handle sich hier überhaupt nicht mehr um südafrikanische Presseerzeugnisse. Sie lesen sich wie die in London erscheinenden grossen englischen Blätter und richten sich nach den Bedürfnissen und Interessen einer typisch englischen Leserschaft aus. Wer hier den Schein für bare Münze nehmen wollte, müsste zum Schluss gelangen, die anglophonen Südafrikaner interessierten sich ausschliesslich für britische Angelegenheiten oder höchstens noch für Neuigkeiten aus Amerika, denen die südafrikanische Presse immer mehr Spalten widmet, und sie würdigten auch Kontinentaleuropa kaum eines Blickes – und liessen sich in ihrem ganzen Verhalten von einem unauslöschlichen Hass gegen das von den Nationalisten regierte Südafrika leiten. Die englischsprachige jüdische Abgeordnete der linksgerichteten Progressive Party, Helen Suzman, erklärte in einem Interview, dass gewiss auch die südafrikanischen Interessen im Auge zu behalten seien, ungeachtet aller andern Rücksichten gebühre die Priorität aber dem Sturz der gegenwärtigen Regierung.

Jenseits von Afrikaandern und Anglophonen: eine neue Nation

Und noch eine dritte Tendenz zeichnet sich heute im öffentlichen Leben Südafrikas ab. Wie ich bereits oben festgestellt

habe, erobert die Nationalist Party, obgleich eine durch und durch von den Afrikaandern geprägte Partei, in jedem Wahljahr einen grösseren Teil des anglophonen Stimmenpotentials. Obwohl die englischsprachigen Zeitungen in breiten Kreisen gelesen werden, vermögen sie, wie man mir in Südafrika immer wieder versicherte, das Denken der Leute nicht entscheidend zu beeinflussen. Das Publikum zieht es vor, dem Radio Glauben zu schenken. Südafrika verfügt über kein Fernsehen, und die Rundspruchprogramme, die gleichermassen in den beiden Hauptsprachen und überdies in sieben afrikanischen Stammessprachen ausgestrahlt werden, geben jeweils die Ansichten der Nationalist Party wieder. Kurz, sowohl im Lager der Afrikaander als auch in jenem der Anglophonen findet sich eine an Zahl und Einfluss wachsende Gruppe, die Konflikte aus früheren Zeiten begraben will, so dass schliesslich eine geeinigte weisse südafrikanische Nation entstehen könnte. Neben dem Militärdienst kommt heute auch dem Geschäftsleben die Rolle eines Schmelztiegels zu. Hier ist es am ehesten möglich, die Einwanderer und ihre für die Zweisprachigkeit vorbereiteten Kinder zu integrieren. Viele sprechen sogar von einem dereinst möglichen Zusammenschluss der Nationalist Party und der United Party. Damit würde ein mächtiger mittlerer Block die politische Bühne beherrschen und sowohl die Progressive Party zur Linken als auch die konservativen Afrikaander zur Rechten auf einen fast bedeutungslosen Platz verweisen. Nur indem man ein für allemal den immer wieder aufflammenden Konflikt zwischen Engländern und Buren überwinde, so heisst es, könne eine mit sich selbst ins reine gekommene südfarikanische Nation mit Aussicht auf Erfolg zwei ihrer Hauptaufgaben anpacken, nämlich die Bewältigung des Rassenproblems im Innern und den Aufbau einer offenen und weitblickenden Aussenpolitik auf dem afrikanischen Kontinent und in der gesamten Welt. Es gibt heute viele Südafrikaner gemischter, das heisst englisch-afrikaanischer Herkunft, denen im besonderen Masse die Rolle als Bindeglieder zwischen den beiden Gemeinschaften zufällt, da wo das gegenseitige Misstrauen noch weit verbreitet ist. Auch gibt es viele in der Politik, im Geschäftsleben und in höheren Berufen tätige Anglophonen, die bereit sind, eine Führung der Afrikaander in politischen Angelegenheiten anzuerkennen, selbst wenn dies – nach ihrem Ermessen für eine weitere Generation – ihren Ausschluss aus dem Kreis jener bedeutet, die politische Entscheidungen von grösserer Tragweite fällen. Das zeigt, wie wenig sich die Anglophonen vom Trauma, das ihnen der ruhmlose Rückzug der Briten zugefügt hat, erholt haben und in welchem Masse sie sich durch die Errungenschaften der Afrikaander in den vergangenen 25 Jahren beeindrucken lassen.

Südafrikas Bedeutung

Der europäische Leser sollte die Wichtigkeit dieser Erscheinungen innerhalb der «sehr sonderbaren Gesellschaft» des heutigen Südafrika auf keinen Fall unterschätzen. Er sollte die drei Entwicklungstendenzen, die ich in diesem Beitrag darzustellen versucht habe, nicht als unwesentlich betrachten und sich der Meinung hingeben, sie seien weiter nichts als der Ausfluss innenpolitischer Händel eines weitentfernten, wenn auch «kontroversen» Landes. Heute ist Südafrika der führende Staat des gesamten südafrikanischen Gebietes. Sein gewaltiger Reichtum, sein noch grösseres Zukunftspotential und vor allem seine unbedingte Entschlossenheit, allen Widerständen zum Trotz auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten, erheischen Aufmerksamkeit. Und noch ein weiterer Gesichtspunkt sei hier erwähnt: In unserer Welt von heute und von morgen, in welcher Klassenunterschiede und Klassenkämpfe voraussichtlich abklingen und ethnische Differenzen sowie Rassenkonflikte das politische Geschehen immer stärker beeinflussen werden, tun wir zweifellos gut daran, die Anstrengungen der verschiedenen ethnischen Gruppen in dieser

Gegend nach einem Modus vivendi aufmerksam zu verfolgen.

Selbstverständlich lassen sich die Schritte, die in *einem* Teil der Welt zur Bewältigung dieser Aufgabe getan werden, in einem andern Teil nicht einfach nachahmen. Ich wage sogar zu behaupten, dass Südafrika, gerade *weil* es heute – wenn auch weitgehend infolge unzutreffender Berichterstattung – die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zieht, sich veranlasst sehen könnte, die eigene Entwicklung in Richtung eines solchen Modus vivendi möglichst voranzutreiben. Dabei könnte sogar der Fall eintreten, dass es andere Länder, die nicht so sehr im Brennpunkt des Weltinteresses stehen und die die Lösung ähnlicher innerer Probleme verschleppen, hinter sich zurück lässt.

Widersprüchliche Erscheinungen

Ich habe mich bisher dreimal während längerer Zeit in Südafrika aufgehalten und möchte nicht behaupten, dass meine Ansichten in allen Dingen mit den dort geläufigen übereinstimmen. Gewiss beweisen die Wahlresultate, dass sich ein stets wachsender Teil der anglophonen Wählerschaft für die von den Afrikaandern dominierte Nationalist Party entscheidet. Dies kommt allerdings noch nicht einem eindeutigen Indiz für die Loyalität der Anglophonen gegenüber den Nationalisten gleich. Möglicherweise findet darin nur die Tatsache ihren Ausdruck, dass während der Regierungszeit dieser Partei ein steiler Aufstieg des Lebensstandards zu verzeichnen war und dass auch ein grosser Teil der Anglophonen zur Einsicht gelangt ist, dass das Programm der getrennten Entwicklung der Rassen, welche die südafrikanische Nation ausmachen, zwar nicht völlig fehlerfrei ist, dass ihm aber bis heute noch keine brauchbare Alternativlösung entgegengestellt werden kann. Die Anglophonen anerkennen vielleicht ganz einfach diese Tatsache, obwohl sich die Afrikaander gerne zum Schluss verleiten lassen, sie hätten die vormaligen Gegner auf ihre Seite hinüberzuziehen vermocht.

Dies sind einige der widersprüchlichen Erscheinungen, die ich in dieser «sehr sonderbaren Gesellschaft» gefunden habe. Aber vielleicht handelt es sich dabei weniger um Widersprüche als um tägliche Herausforderungen, denen sich die gesamte Nation angesichts der gebieterischen Notwendigkeit, eine Lösung für das Rassenproblem zu finden, gegenübergestellt sieht. Die Verwirklichung des Zusammenlebens verschiedener Rassen und Volksgruppen erweist sich auf allen Kontinenten immer mehr als ein erstrangiges Politikum, und zwar auch in Europa, wie sich aus den Beispielen von England, Belgien und Irland ersehen lässt. Während aber Nationen ohne Probleme Gefahr laufen, langsam einzuschlafen, sieht sich Südafrika gezwungen, nach neuen Antworten zu suchen – und dabei wach und regsam zu bleiben.

Thomas Molnar

[1] Vgl. auch die Besprechung dieses Buches durch Botschafter Dr. Franz Kappeler in: Schweizer Monatshefte, 49. Jg. (1969/70), Heft 2, S. 208–215 *(Red.)*.

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Das Hauptereignis des Monats – eine Daueraufgabe

Das politische Hauptereignis des Monats hat es in sich, auf Monate, wenn nicht Jahre hinaus zu einem öffentlichen Hauptthema zu werden: die Einleitung einer Entscheidung über die Aufhebung oder Beibehaltung der konfessionellen Ausnahmeartikel, soweit sie die katholische Kirche betreffen. In seinem Rundschreiben vom 17. November hat der Bundesrat die Kantonsregierungen, Parteien, Kirchen und weitere interessierte Kreise eingeladen,

bis Ende Mai 1970 zur Frage Stellung zu beziehen, ob die konfessionellen Ausnahmeartikel 51 und 52 der Bundesverfassung aufgehoben werden sollten. Art. 51 verbietet dem Orden der Jesuiten jedes Wirken in Kirche und Schule; Art. 52 untersagt die Errichtung neuer sowie die Wiederherstellung aufgehobener Klöster oder religiöser Orden. Von der Vernehmlassung ausgeschlossen ist also der Ausnahmeartikel 25bis, der die Mitbürger des jüdischen Bekenntnis betrifft und das Schächten verbietet.

Damit kommt ein schwelendes Unbehagen, das während Jahrzehnten über der schweizerischen Innenpolitik gelastet hatte, in die Phase des offenen Austrags. Die Ausnahmeartikel sind aus dem Geist der Sonderbundszeit zu verstehen, den der Bundesstaat zu überwinden hatte. Auf dem Hintergrund des «Kulturkampfes» erfuhren sie in der Verfassungsrevision 1874 noch eine Verschärfung. Zwar legte sich die Angst vor den Jesuiten in der Folge in dem Maße, wie sich die konservativen Vorbehalte gegen den Bundesstaat verminderten. Die konfessionellen Artikel aber waren im Bewusstsein der protestantischen Bevölkerung in eine Art Schutzwall gegen die geheimnisumwitterte «Katholische Aktion» umgeformt worden und erhielten damit neue Resistenzkraft.

Zwar wurde 1919 ein parlamentarischer Vorstoss zur Aufhebung lanciert. Die vom Nationalrat erheblich erklärte Motion Musy wurde aber in der Folge sorgfältig «eingesalzt», um schliesslich 1947 stillschweigend abgeschrieben zu werden. In den dreissiger Jahren wurde die Frage im Zusammenhang mit der Totalrevision ebenfalls diskutiert, doch erlahmte das Gespräch nach deren Scheitern fast völlig. Der Grund zu dieser Verhaltenheit in der öffentlichen Behandlung lag ohne jeden Zweifel darin, dass es die führenden Kreise des konservativen Lagers als ausgeschlossen erachteten, mit einem Vorstoss auf Abschaffung die Volksmehrheit hinter sich zu bringen und dass sie es daher für klüger hielten, sich vorderhand stillschweigend mit einem letzten Endes nicht ungünstigen Status quo abzufinden, der durch eine ausgesprochen tolerante Anwendungspraxis gekennzeichnet war.

Vorstoss wider Willen

Es ist in diesem Zusammenhang auch daran zu erinnern, daß der Vorstoss in den fünfziger Jahren, der schliesslich zur nun anlaufenden Vernehmlassung führen sollte, von der Führung der Katholisch-konservativen Volkspartei fast wider Willen eingeleitet wurde. Zwar hatte der konservative Bundesrat Celio im Rahmen des Verfassungsjubiläums von 1948 das Wort vom «grossen Schatten» geprägt, der über unserem Grundgesetz liege. Doch wurde er von seinen eigenen Kreisen praktisch desavouiert. Erst als später geharnischte Gegner der Jeuiten die Frage aufwarfen, ob unsere Behörden in der Anwendung der Ausnahmeartikel nicht allzu nachsichtig seien, und damit auch Debatten im Nationalrat und im Zürcher Kantonsrat auslösten, musste die Parteiführung gewissermassen dem «Druck von unten» nachgeben, und sie kündigte einen offiziellen Vorstoss an. 1954 wurde im Ständerat eine Motion eingereicht, deren Erstunterzeichner der spätere Bundesrat von Moos war. Ein Jahr später nahm sie der Bundesrat nach Umwandlung in ein Postulat entgegen. Doch sollte es weitere vier Jahre dauern, bis er schliesslich den Zürcher Staatsrechtslehrer Professor Werner Kägi beauftragte, ein Gutachten zu erstellen. Im Bewusstsein der ausserordentlichen staatspolitischen Tragweite des Problems machte sich dieser mit einer Akribie sondergleichen ans Werk, was zusammen mit gesundheitlichen Rückschlägen zur Folge hatte, dass es 1969 werden sollte, bis die Grundlage für die Vernehmlassung von der Landesregierung verabschiedet werden konnte.

Ungewisse referendumspolitische Chancen

Im Rückblick wird man sagen müssen, dass diese Verzögerung kein Unglück darstellt. Noch 1955 hätte ein solcher Vorstoss

referendumspolitisch wohl keinerlei Chancen gehabt. Inzwischen hat sich das Verhältnis zwischen den Konfessionen zweifellos entspannt – nicht zuletzt im Gefolge des Konzils, auch wenn es nicht alle Hoffnungen erfüllte. Wie stark im übrigen das Thema auch heute noch emotionell aufgeladen ist, geht schon aus der Tatsache hervor, dass sich Professor Kägi an seiner Pressekonferenz veranlasst sah, sich gegen Verdächtigungen und Spekulationen über angebliche «Hintergründe» der Verzögerung zu verwahren. «Es gab und gibt keinerlei solche Gründe, insbesondere auch keine Weisungen, Interventionen, Behinderungen oder gar Pressionen und Drohungen, weder von seiten von Behörden und Parteien, noch von seiten der Klöster und Orden, der Gesellschaft Jesu und der Kirche.»

Wenn schon der angesehene Wissenschafter nicht vor der Unterschiebung, «geschoben» zu sein, gefeit war, so braucht es nicht viel Phantasie, um sich ausmalen zu können, welche Abgründe an Misstrauen und Verdächtigungen aufbrechen werden, wenn einmal die Kampagne zur Abstimmung anlaufen wird – es sei denn, in den nächsten Monaten gelinge es, das Gespräch zu versachlichen und zu befreien. Prof. Kägi hat dazu mit seinem Gutachten eine hervorragende Ausgangsbasis geschaffen. Er gibt sorgfältig belegt, aber unmissverständlich und mit spürbarem persönlichem Engagement der Überzeugung Ausdruck, dass es an der Zeit sei, sauberen Tisch zu machen und die Ausmerzung ohne Umwege in Angriff zu nehmen. Es kann kaum Zweifel darüber geben, dass auch die in die Vernehmlassung einbezogenen Körperschaften sich in grosser Mehrheit zu dieser These bekennen werden. Das ändert aber nichts daran, dass dem Schweizervolk eine schwierige Ausmarchung bevorsteht. Es wird vieler Geduld und Disziplin bedürfen, um zu vermeiden, dass neues politisches Porzellan zerschlagen wird. Denn unterschwellig sind nach wie vor grosse, teilweise von der Furcht diktierte Antipathien gegenüber dem vorhanden, was unter dem Begriff «Katholische Aktion» zusammengefasst zu werden pflegt.

Bundesratswahl ohne Überraschungen?

Am 10. Dezember wird die Vereinigte Bundesversammlung die Nachfolger der Bundesräte Schaffner und Spühler zu wählen haben. Nach einigem Hin und Her sowie sehr vielen Begleitgeräuschen im helvetischen Blätterwald zeichnet sich eine Wahl ohne Überraschungen ab. Der Kandidat der Sozialdemokraten, der Waadtländer Staatsrat Pierre Graber mit dem Neuenburger Bürgerschein, war ohnehin von allem Anfang an unbestritten. Etwas schwieriger liessen sich die Vorbereitungen im freisinnigen Lager an, da es von Anfang an klar schien, dass es sich hier um die Nomination des künftigen Volkswirtschaftsministers handle. Dass dieses Ressort ganz besondere Kräfte erheischt, weiss man seit langem; und das Menetekel der Erkrankung Bundesrat Schaffners war auch nicht gerade dazu angetan, die Lust der potentiellen Kandidaten zu vergrössern.

Schliesslich fand sich der Zürcher Regierungsrat Ernst Brugger zu einer Kandidatur bereit. Er hat zwar das Handicap, im eidgenössischen Parlament unbekannt zu sein. Es fiel aber letzten Endes in der Fraktion seiner Partei nicht ins Gewicht. Sie nominierte ihn einstimmig. Dies um so mehr, als die einzigen möglichen Konkurrenten vor der Konstellation kapitulierten: die Welschen, weil sie sich ehrlicherweise wenig Hoffnung machen konnten, dass das Parlament einer lateinischen Mehrheit im Bundesrat seinen Segen geben werde; der Kandidat der Urschweiz, weil ihm von konservativer Seite bedeutet worden war, dass die Zentralschweiz als ausgesprochen konservativ-christlichsoziale Rekrutierungsbasis zu betrachten sei. Man mag dem wenig Geschmack abgewinnen. Unser System bringt es aber nun einmal mit sich, dass zu den Voraussetzungen für das höchste Amt nicht nur entsprechende persönliche Qualitäten gehören, sondern auch der richtige Heimatschein, gekoppelt mit dem richtigen Parteibuch. Das gehört zu

den Kehrseiten des Föderalismus und der Konkordanzdemokratie.

Föderalistische Geste

Es kommt hierzulande selten vor, dass der Sport zu hohen Wellen in der Politik Anlass gibt. Diesen Herbst aber war es in vier Kantonen – und teilweise darüber hinaus – der Fall. Der Schweizer Sport möchte 1976 die Olympischen Winterspiele organisieren. Nun, das kam schon früher vor, und die Vorbereitungen lösten dabei keine politischen Haupt- und Staatsaktionen aus. Diesmal aber war es anders; erstens weil es heutzutage nicht mehr ohne grosse Subventionen der öffentlichen Hand möglich ist, einen solchen Anlass angemessen zu gestalten; zweitens aber – und dies vor allem –, weil sich unter die Bewerber neben drei Höhenkurzentren auch die «Grossstadt» Zürich mischte.

Obwohl dem Argument, dass eine Stadt besonders gute organisatorische Voraussetzungen zu bieten habe, nach den jüngsten olympischen Erfahrungen die Berechtigung nicht abzusprechen ist, kam diese Idee in weiten Teilen der Schweiz schlecht an. «Müssen die Zürcher nun auch dies noch an sich reissen?» So tönte es aus allen Landesecken. Unter diesen Umständen war man gespannt auf den Entscheid der Zürcher selber, wobei der Urnengang seine besondere Note noch dadurch bekam, dass der olympische Plan eine «Landesring-Idee» gewesen war.

Nach einem äusserst aufwendigen Abstimmungskampf fiel die Entscheidung bei hoher Stimmbeteiligung überraschend deutlich aus. Die 145000 Nein gegenüber 41000 Ja kamen einer eigentlichen Demonstration gleich. Wofür oder wogegen? Das ist schwer zu sagen. Am wenigsten fiel wohl für einmal die Parteipolitik ins Gewicht. Schwerer wog wohl die tägliche Erfahrung des Zürchers, dass die Stadt immer rascher im Verkehr erstickt, und die entsprechende Überlegung, dass die Stadtverwaltung dringenderes zu tun hätte, als Mammutspiele zu organisieren. Ausschlaggebend aber dürfte die Einsicht der «Grossstädter» gewesen sein, dass hier das hochindustrialisierte Mittelland hinter den Berggebieten zurückzustehen habe. Der Entscheid ist andernorts auch entsprechend registriert worden. So hatte das kurze olympische Abenteuer vielleicht trotz allem sein Gutes: Es verhalf den Zürchern zur Möglichkeit einer föderalistischen Geste!

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Die D-Mark-Aufwertung

Die Aufwertung der D-Mark um 8,5% (auf die Goldparität gerechnet), die am 19. Oktober erfolgte, hat keine grossen Wellen mehr geworfen, nachdem der Wechselkurs unmittelbar nach den Wahlen (29. September) freigegeben worden war. Vorläufig bleiben, als flankierende Massnahmen gedacht, die Kreditrestriktionen der Bundesbank noch in Kraft. Bundesbankpräsident Blessing sprach zwar von einer nahe bevorstehenden Lockerung der Kreditkontrollen. Dagegen wurde kurz vor der Aufwertung die sogenannte «Quasi-Aufwertung» (Exportsteuern und Importentlastungen) aufgehoben. Damit hat ein monatelanges, von teutonischen Klängen begleitetes währungspolitisches Trauerspiel seinen Abschluss gefunden.

In der Bundesrepublik selbst sind die Reaktionen differenziert ausgefallen; im allgemeinen kann wohl von einer *moderierten Zustimmung* gesprochen werden. Es gibt

natürlich Branchen, die von der Aufwertung relativ hart betroffen werden, unter ihnen vor allem die Schiffbauindustrie, einige Sektoren der Maschinenindustrie sowie die Stahlindustrie. Der Exportpreisindex der Bundesrepublik ist schon vor der Aufwertung respektabel gestiegen, so dass die Ausfuhrpreise nach der Aufwertung rund 11% bis 12% über dem Niveau vor einem Jahr liegen dürften. Es ist dies eine Erhöhung, die zweifellos den Ausgleichsmechanismus in der Ertragsbilanz fördern wird.

Es ist anderseits bemerkenswert, dass die neue Regierung schon heute in Aussicht nimmt, im kommenden Jahr mit leicht *expansiv* wirkenden Massnahmen einzugreifen, um eine zu starke Bremswirkung in Binnenmärkten zu verhindern. Der Regierung geht es also in erster Linie um eine *strukturelle Umschichtung* der Nachfragekomponenten: Abbau der Auslandsnachfrage und wirtschaftspolitische Stützung der Inlandnachfrage.

Das Regierungsprogramm Brandts

Diese Politik hat im Regierungsprogramm von *Bundeskanzler Willy Brandt*, das in seinen wirtschaftspolitischen Passagen die Handschrift von Bundeswirtschaftsminister Schiller trägt, in der Formel von der «Stabilität ohne Stagnation» Ausdruck gefunden. Die Erwartung geht dahin, dass der Trend zu steigenden Preisen bis zum nächsten Frühjahr anhalten wird, dass dann aber eine Abflachung der Preisanstiegstendenz eintreten dürfte. Dies wäre dann offenbar auch der Zeitpunkt, in dem die Lockerung der Kreditkontrollen in Aussicht genommen werden könnte.

Sodann beabsichtigt die Regierung, zur Erhaltung und Verbesserung des Wettbewerbs eine Verschärfung der *Kartellpolitik* und eine Fusionskontrolle durchzusetzen. Die CDU/CSU hatte in diesem Sektor zufolge ihrer Interessenverfilzung mit der Wirtschaft einige Schwierigkeiten. So ist in der Bundesrepublik nunmehr das Paradoxon eingetreten, dass eine sozialdemokratische Regierung eine wesentlich schärfere Wettbewerbspolitik ankündigt, als dies ihre bürgerliche und der Marktwirtschaft verpflichtete Vorgängerin tun konnte. Die sozialdemokratische Regierung hat übrigens nicht die Absicht, das wirtschaftspolitische Instrumentarium in Richtung eines stärkeren Interventionismus auszubauen; das Verstaatlichungspostulat hat sie bekanntlich schon vor einiger Zeit über Bord geworfen. Anderseits ist der Koalition eine Politik zum Opfer gefallen, die in effektiverer Weise gegen die Preisbindungen, insbesondere die Preisbindungen der zweiten Hand, hätte vorgehen können. Dasselbe gilt für die Mitbestimmung in den Betrieben.

Der Bundeskanzler hat seine Wirtschaftspolitik in ein Fünfpunkte-Programm kondensiert:

1. eine *Finanzpolitik*, die eine graduelle Umorientierung des Güterangebotes auf den Binnenmarkt zum Ziele hat;

2. Konsultationen mit der *Bundesbank* über die künftige Geld- und Kreditpolitik – eben mit dem Ziel einer sukzessiven Lockerung;

3. intensivere Zusammenarbeit mit den *Sozialpartnern* im Rahmen der sogenannten konzertierten Aktion, in die von nun an auch die Landwirtschaft einbezogen werden soll;

4. intensivierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im *Konjunkturrat* der öffentlichen Hand;

5. aktivere Mitarbeit Bonns an einer stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanpolitik der EWG und an der Weiterentwicklung der internationalen Währungspolitik und des internationalen Währungssystems.

Konjunkturpolitische Passivität der Schweiz

Die Aufwertung der D-Mark hat die Schweiz nicht überrascht, wohl aber einmal mehr *unvorbereitet* getroffen. Die Änderung des Wechselkurses der D-Mark be-

deutet für unser Land eine Verstärkung der konjunkturellen Überhitzungstendenzen, bedeutet eine Intensivierung der ohnehin bestehenden inflationären Gefahr. Es ist nicht zu übersehen, dass mindestens der von der D-Mark-Aufwertung nun ausgehende inflationäre Druck durch eine adäquate Aufwertung des Schweizerfrankens hätte aufgefangen werden können. Insofern ist eine Änderung des Wechselkurses des Schweizerfrankens ins «Gerede» gekommen. Als Mittel für eine allgemeine Konjunkturdämpfung wäre sie dagegen ohnehin zu spät gekommen, denn der inflationäre Funke ist längst auf die Binnenwirtschaft übergesprungen. Zudem – dies ist ganz generell festzuhalten – eignet sich eine Wechselkursänderung als rein konjunkturpolitisches Mittel nicht; es handelt sich um eine ausgesprochen *strukturpolitische Massnahme*, deren Einsatz sich nur dann voll rechtfertigen lässt, wenn eine eindeutige *Unterbewertung* einer Währung vorliegt, wie das im Falle der Bundesrepublik zutraf. Dieser Nachweis ist aber für den Schweizerfranken nicht mit aller Klarheit zu erbringen, obwohl einige Indizien in dieser Richtung deuten. Die Schweiz verfolgt sodann bekanntlich eine sehr konservative Wechselkurspolitik, die nicht zuletzt an der Basis des enormen Vertrauenskapitals liegt, das unsere Währung auf den internationalen Finanzmärkten geniesst. Sie hat deshalb keine Veranlassung, mit leichter Hand an der Wechselkursschraube zu drehen. Trotzdem hat diese Entwicklung in unserem Lande einige Unruhe gestiftet, die insbesondere auch als Reflex der Unsicherheit bezüglich der Reaktionen anderer Länder gewertet werden muss.

Bundesrat Celio stellte in einer Fernseherklärung fest, dass die Schweiz zur Abwehr der inflationären Gefahr *andere Mittel* besitze. Diese andern sind indessen, darüber kann kein Zweifel bestehen, äusserst *schwach*. Sie beschränken sich, so wie die Dinge heute liegen, praktisch auf die Kreditpolitik, das heisst auf eine rigorosere Anwendung des zwischen der Nationalbank und den Banken abgeschlossenen Rahmenabkommens. Allerdings ist es auch kein Geheimnis mehr, dass der Bundesrat, alarmiert durch die Überhitzungsgefahr, *antiinflationäre Massnahmen* vorbereitet, in deren Mittelpunkt autonome Zollsenkungen stehen dürften.

Frankreich und England nach der D-Mark-Aufwertung

In *Frankreich* und *Grossbritannien* ist die D-Mark-Aufwertung natürlich gut aufgenommen worden. Als Zahlungsbilanzdefizitländer versprechen sie sich von diesem Vorgehen der Bundesrepublik einen positiven Effekt auf den Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanzen; dasselbe gilt natürlich auch für die USA. In die grundsätzlich positiven Stimmen in Frankreich hat sich jedoch auch eine gewisse *Enttäuschung* gemischt: Abwertung in Frankreich – Aufwertung in Deutschland! Dies zeigt mehr als alles andere die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Ländern während der vergangenen Jahre. Es ist in Frankreich nun offenbar geworden, dass Paris, vor allem während der Epoche de Gaulles, einer weitgehend illusionären Wirtschaftspolitik nachgejagt war.

In *Grossbritannien* anderseits sind die Reaktionen ebenfalls zustimmend, aber doch eher reserviert ausgefallen; die Abwertung des Pfundes liegt zu lange zurück – es sind nun ziemlich genau zwei Jahre vergangen –, als dass man sich einen kombinierten Effekt ausrechnen könnte. Man erwartet nicht, dass die D-Mark-Aufwertung den leichten Erholungsprozess, der sich nun in Grossbritannien anzubahnen scheint, in einem wirklich substantiellen Ausmasse fördern könnte.

Oeconomicus